

Beginn: 10:05 Uhr

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 87. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Geburtstag hat heute Minister Kuschke. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir eine besondere Freude, hochrangige Gäste aus dem befreundeten Ausland auf der Zuschauertribüne begrüßen zu können. Aus unserem Partnerland Schlesien begrüße ich den Marschall der Woiwodschaft, Herrn Michal Czarski, sowie den Vorsitzenden des Sejmik, also des schlesischen Parlaments, Herrn Zbigniew Wiecezorek, mit einer Delegation von Abgeordneten. Herzlich willkommen in Nordrhein-Westfalen!

(Beifall)

Ich begrüße des Weiteren eine Delegation der Gewerkschaft Histadrut aus Israel. Auch Ihnen gilt mein besonderer Willkommensgruß. Wir haben uns schon bei der Eröffnung der Ausstellung im Foyer des Landtages kurz kennen gelernt. Ich darf Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Ausstellung wärmstens empfehlen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion der CDU hat mit Schreiben vom 9. April 2003 gebeten, **vor Eintritt in die Tagesordnung** den Tagesordnungspunkt 6 der morgigen Plenarsitzung - zweite Lesung der Gesetzentwürfe über das Friedhofs- und Bestattungswesen, Drucksachen 13/2728 und 13/300 - von der Tagesordnung zu nehmen. Nach § 39 der Geschäftsordnung kann der Landtag vor Eintritt in die Tagesordnung beschließen, einzelne Tagesordnungspunkte abzusetzen.

Zur Begründung des Antrages erteile ich Herrn Stahl das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist nicht üblich, am Beginn der Plenartage einen Antrag auf Änderung

der Tagesordnung zu stellen. Wenn ich das namens der CDU-Fraktion heute dennoch tue, muss der Anlass bedeutsam sein.

(Zurufe von der SPD)

Wir sind der Auffassung: Dieser Anlass ist bedeutsam.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich beantrage namens der CDU-Landtagsfraktion, den Tagesordnungspunkt 6 der morgigen Plenarsitzung von der Tagesordnung abzusetzen. Bei diesem Tagesordnungspunkt handelt es sich um das Gesetz über das Friedhofs- und Bestattungswesen. Ich möchte dies - unseren Gepflogenheiten entsprechend - knapp und kurz begründen.

Die parlamentarische Beratung dieses Gesetzentwurfs wurde in der Schlussphase weder der Bedeutung dieses Gesetzes noch parlamentarischen Regeln gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Nach fünf Monaten Stillstand wurden die Kolleginnen und Kollegen des zuständigen Ausschusses in knappster Frist - nicht einmal ein halber Tag - mit substantiellen, materiellen Änderungen an dem Gesetzentwurf konfrontiert. Obwohl keine parlamentarisch verantwortbare Beratung von Punkten möglich war, was nach unserer Auffassung einem würdevollen Umgang mit den Toten widerspricht, hat die Mehrheit, haben Sie als Koalitionsfraktionen die Arbeit im Ausschuss abgeschlossen.

Folge dieses unsensiblen Verfahrens sind Formfehler. Mit Schreiben vom 4. April hat der Deutsche Städtetag Nordrhein-Westfalen darauf aufmerksam gemacht, dass er zu diesen substantiellen Änderungen im Gesetzentwurf nicht gehört wurde. Wie er nehmen auch wir es nicht hin, dass keine Möglichkeit besteht, seitens der Kommunen und von unserer Seite, seitens der Kolleginnen und Kollegen, hier zu solchen Änderungen Stellung zu nehmen.

(Beifall bei der CDU)

Nicht nur die CDU-Landtagsfraktion, sondern auch Kirchen und Kommunen lehnen beispielsweise privat betriebene Friedhöfe ab. Wir wollen die Totenruhe nicht privatem Belieben überantworten.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von den GRÜNEN)

Diese standen auch nicht im ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung. Sie wurden nachträglich und kurzfristig eingefügt.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Herr Kollege, Ihre Redezeit läuft langsam ab.

Helmut Stahl (CDU): Ja.

Wir hatten gestern, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine äußerst intensive Aussprache in unserer Fraktion. Wir halten es für ein Gebot des Anstands, der Würde und der parlamentarischen Regeln: Geben Sie Kirchen, geben Sie Kommunen und geben Sie auch uns die Möglichkeit einer gründlichen Bratung dieses Gesetzentwurfs. Das sind Sie der Achtung des Lebens und der Würde der Toten schuldig.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss zugeben: Es würde mich geradezu reizen, auf die Vorwürfe, Angriffe und die wenig demokratischen Gepflogenheiten, die hier vorgetragen und vorgeworfen worden bzw. deutlich geworden sind, einzugehen,

(Widerspruch bei der CDU)

will das aber nicht tun. Ich finde es allerdings verwunderlich, dass das Begehren der CDU auf Absetzung des Tagesordnungspunktes 6 am morgigen Tag uns wirklich unmittelbar vor dem Beginn dieser Sitzung erreicht hat.

Ich bitte daher - und ich erspare mir deshalb jegliche weitere Begründung; ich mache das also etwas anders als der Kollege Stahl - im Namen meiner Fraktion sowie im Namen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen darum, dass wir die Sitzung für zehn Minuten unterbrechen, damit wir in den Fraktionen diesen Sachverhalt, aber auch die Vorwürfe, besprechen können. In zehn Minuten wären wir dann wieder hier.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Kollegin Gödecke. - Für die FDP-Fraktion spricht jetzt Frau Thomann-Stahl.

Marianne Thomann-Stahl (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Wir sind uns alle darüber im Klaren, dass diese Absetzung von der Tagesordnung natürlich u. a. darauf zu-

rückzuführen ist, dass Sie mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind.

(Beifall bei der SPD)

Wir von der FDP sind auch nicht zufrieden. Ich habe deshalb die Bitte, dass Sie noch einmal darüber nachdenken, hier eine dritte Lesung zu beantragen. Die FDP wird aber trotzdem - wenn Sie darauf bestehen - Ihrem Begehren zustimmen, weil wir der Auffassung sind, dass dann, wenn eine Fraktion noch nachhaltigen Beratungsbedarf hat, wir uns dieser Bitte nicht verschließen sollten. - Danke.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Es gibt das Begehren der SPD-Fraktion sowie der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen auf Unterbrechung der Sitzung. Diesem Begehren pflegen wir normalerweise stattzugeben. Da ich sehe, dass Sie damit einverstanden sind, unterbreche ich nunmehr die Sitzung. Ich berufe das Plenum für 10:30 Uhr wieder ein.

(Unterbrechung von 10:13 bis 10:30 Uhr)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne das Plenum wieder um 10:30 Uhr, wie wir es verabredet hatten.

Wird das Wort gewünscht? - Bitte schön, Frau Gödecke.

Carina Gödecke (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben uns eben noch einmal - dieses "noch einmal" will ich betonen - vergewissert, dass weder der Gesetzentwurf ein Dreivierteljahr in irgendeinem Nirwana verschwunden war und auch nicht geschlummert hat, sondern dass in dieser Zeit intensive Debatten sowohl im parlamentarischen als auch im fraktionellen Raum und über Fraktionsgrenzen hinweg geführt worden sind.

Wir akzeptieren, dass das der CDU nicht reicht, soweit es um den gestrigen Tag geht. Wir weisen aber den Vorwurf, das sei ein unparlamentarisches oder dem Parlamentarismus nicht würdiges Verfahren gewesen, aufs Schärfste zurück. Außerdem möchte ich mich im Namen meiner Fraktion gegen den Vorwurf verwahren, der uns sehr verärgert und empört hat, dass letztlich - jetzt kann ich es nur sinngemäß sagen - die Debatte im Ausschuss den Schlusspunkt unter eine Ent-

wicklung gesetzt habe, die deutlich mache, dass wir - gemeint war meine Fraktion - mit Toten unwürdig umgehen. Das ist in keinsten Weise der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Dieser Vorwurf kann hier nicht im Raum stehen bleiben. Kollege Stahl, ich will es bewusst nicht an dieser Stelle werten, sondern denke, dass wir bei anderer Gelegenheit über diesen Auftritt, der im Namen Ihrer Fraktion vorgeführt wurde, noch einmal reden sollten.

Wir hatten verabredet - auch dessen haben wir uns eben noch einmal vergewissert -, dass gerade das Bestattungsgesetz in Nordrhein-Westfalen kein Thema sein soll und sein darf - an der Stelle will ich an die Anfänge der Diskussion um dieses Thema erinnern -, das einer einfachen parteipolitischen Rhetorik und den dementsprechenden Ritualen zum Opfer fällt.

Deshalb möchte ich jetzt auch vor der Öffentlichkeit noch einmal ganz deutlich sagen: Es wäre sicherlich ein würdiger Umgang mit diesem Thema gewesen, hätten Sie uns nach der Ausschusssitzung oder noch heute Vormittag um 9 Uhr das Signal gegeben. Dann hätte man sich die Sitzungsunterbrechung und all das, was jetzt passiert ist, ersparen können. Das wären demokratische und parlamentarische Gepflogenheiten gewesen, die zum Thema gepasst hätten.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Gleichwohl sind wir damit einverstanden, den Tagesordnungspunkt morgen abzusetzen. - Danke.

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Frau Gödecke. - Herr Rimmel, bitte schön.

Johannes Rimmel (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte - erstens - das unübliche Verfahren zurückweisen, plenar über Tagesordnungen zu diskutieren. Die besagte Ausschusssitzung hat vor einer Woche stattgefunden. Insofern wäre genügend Zeit gewesen, uns anzusprechen und darauf hinzuweisen, dass Sie noch Beratungsbedarf haben.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

Insofern interpretiere ich Ihr heutiges Verhalten dahin gehend, dass Sie das Thema einer breiteren öffentlichen Debatte unterziehen wollen.

Wir haben - zweitens - immer erklärt, dass sich dieses Thema nicht dazu eignet, einen parteipolitischen Streit zu entfachen. Wir wollen insbeson-

dere auf die religiösen Gefühle und die kulturellen Traditionen Rücksicht nehmen. Das muss sich im neuen Gesetz widerspiegeln. Wenn Sie an der Stelle Beratungsbedarf haben, sind wir gerne dazu bereit, Ihnen diesen zu lassen. Deshalb bitte ich darum, dass wir Ihrem Antrag nachkommen und das Thema von der morgigen Tagesordnung absetzen, aber bitten, was das Verfahren angeht, darum, in Zukunft fairer miteinander umgehen. - Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Helmut Linssen: Vielen Dank, Herr Rimmel. - Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen damit zur Abstimmung.

Wer dafür ist, den **Tagesordnungspunkt 6 in der morgigen Plenarsitzung abzusetzen**, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diesem Begehren der CDU-Fraktion einstimmig **zugestimmt** worden.

Ich rufe auf:

1 Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Peer Steinbrück

Thema: **Zukunft des öffentlichen Dienstes
- Öffentlicher Dienst der Zukunft**

Anschließend:

Aussprache über die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten

Der Herr Ministerpräsident wird heute die für den 20. März 2003 geplante und wegen des seinerzeit gerade begonnenen Irak-Krieges verschobene Regierungserklärung zum vorgenannten Thema abgeben. Nach dem Vorschlag des Ältestenrates soll sich die Aussprache unmittelbar anschließen.

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

Peer Steinbrück, Ministerpräsident: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Diese Regierungserklärung sollte - wie es der Herr Präsident eben ausgeführt hat - eigentlich am 20. März gehalten werden. Doch unter dem Eindruck des in derselben Nacht begonnenen Irak-Krieges war es auch in Übereinstimmung mit Ihnen, wie ich glaube, richtig, von der vorbereiteten Tagesordnung abzuweichen.